

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 5.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum mit Mk. 1.20, die Reflamzeile mit Mk. 3.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gegründet 1878.

Druck und Verlag: Müllesche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Gegründet 1878.

Nr. 6

Nastätten, Samstag, den 14. Januar 1922

45. Jahrgang

## Meint England es ernst?

Die französischen Zeitungen sagen, ein Teil von dem, was Lloyd George in Cannes über den Wiederaufbau Europas und die Einigung mit Deutschland gesprochen habe, sei Wahlmanöver und darauf berechnet, auf die englischen Wähler für die im Februar stattfindende Wahl zum Unterhause einzuwirken. Damit räumt die Pariser Presse selbst ein, daß die Stimmung im englischen Volk sich nicht mehr vom Chauvinismus beherrschen läßt, daß man dort Ruhe und vor allem Stetigkeit und sicheren Verdienst in Handel und Verkehr haben will.

Dieses Verlangen wird auch von Lloyd George unterstrichen. Er weiß aus den Ziffern der englischen Arbeitslosigkeit, daß es so, wie es jetzt steht, nicht für die Dauer weiter gehen kann, er sieht auch klar, daß die finanziellen Verhältnisse mit den Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens wieder in Einklang gebracht werden müssen. Für eine unveränderte Aufrechterhaltung der Schulden reichen selbst die großen englischen Mittel nicht aus, und eine sichere Ausfuhr britischer Waren im Weltmarkt kann nur durch die Valuta-Regulierung erreicht werden. Das alles drängt zu einer internationalen Verständigung, die aber praktischen Wert nur dann hat, wenn Deutschland sich daran beteiligt. Wenn man alles das ins Auge faßt, so sollte man meinen, daß wir vor einem Wendepunkt der englischen Politik stehen, daß die von Lloyd George angerogte internationale Konferenz berufen sein wird, einer neuen politischen Aera Europas den Stempel aufzudrücken.

Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß Lloyd George auch schon früher Reden gehalten hat, die der Berücksichtigung Deutschlands und der wirtschaftlichen Notwendigkeiten Englands Rechnung zu tragen schienen, und er hinterher ganz anders handelte. Man denke nur daran, daß England schließlich doch die vom Völkerbundsrat in Genf beschlossene Entscheidung über Oberschlesien gut hieß. Wird London jetzt die Ziele seiner auswärtigen Politik nicht nur in Worten, sondern auch in Taten den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas anpassen? Die Ergebnisse von Cannes werden es uns zeigen.

Die Berufung von deutschen Vertretern befragt viel, denn sie kann als ein Beweis dafür gelten, daß der Vernichtungswille von den anderen Alliierten nicht geteilt wird. Die Einsicht beginnt sich schließlich doch durchzusetzen, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, wie sie auf der geplanten Konferenz von Genua angestrebt werden soll, ohne Friedfertigkeit, Solidarität und Uneigennützigkeit nicht durchzuführen ist. Es ist doch immerhin etwas, wenn an die Stelle einer Doppelmoral endlich vernünftige Prinzipien treten. Diese bedeuten allerdings noch keine Revision des Vertrages von Versailles, aber sie können doch den Beginn einer solchen bilden.

Die in Cannes anwesenden englischen Vertreter versichern, daß die deutschen Vertreter der Konferenz lediglich Gegenorschläge in der Reparationsfrage vorlegen sollen. Sie sollen auch ein Gegenprojekt für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas vorschlagen. Frankreich sollen die Vertreter Deutschlands neue Garantien bezüglich der französischen Sicherheit anbieten, damit Deutschland in indirekter Weise an dem englisch-französischen Abkommen teilnehmen kann.

## Verlegung der Reparationskommission nach Berlin?

Montag vormittag besprachen die alliierten Finanzminister die Garantien, die von Deutschland zur Befundung seiner Finanzen verlangt werden sollen. Sie kamen, wie „Havas“ meldet, in den meisten Punkten zu einer Verständigung und stellten einige weitere zurück, um das Eintreffen der deutschen Abordnung abzuwarten. Die Aussprache bezog sich in der Hauptsache auf die Verlegung der Reparationskommission nach Berlin, die von Frankreich gefordert wurde. Die britische Abordnung war der Ansicht, daß die Reparationskommission selbst in Berlin tagen sollte, um den Dualismus der beiden Organisationen sowie die beträchtlichen Kosten, die daraus entstehen würden, zu vermeiden. Eine Ent-

schließung wurde in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen. Nach englischen Meldungen soll jedoch der Verlegung der Garantiekommission nach Berlin bereits zugestimmt worden sein.

Am Nachmittag wurden die Beratungen fortgesetzt. Man hat die Absicht, Deutschland eventuell Zwangsmaßnahmen aufzuerlegen. Man wird mit den deutschen Delegierten über die Art dieser Zwangsmaßnahmen diskutieren, aber weder auf französischer noch auf englischer Seite weiß man bisher, ob man mit den deutschen Delegierten auch über die Summe, die Deutschland zu bezahlen hat, in Verhandlungen eintreten wird.

An Stelle des amerikanischen Botschafters in London, Harvey, der durch einen Automobilunfall schwer verletzt wurde, wird der Botschafter in Paris, Herrick, den weiteren Sitzungen des Obersten Rates in Cannes als Zuhörer beizubehalten.

## Die „Vereinigten Staaten von Europa“

Das Ziel des englisch-französischen Garantievertrages.

Immer klarer wird es, daß Lloyd George auf der Konferenz von Cannes seine politischen Pläne viel weiter gesteckt hat und die Frage der deutschen Reparationen nur als eine Nebenfrage behandelt, die als Sprungbrett und Uebergang zu seinen eigentlichen Zielen dienen soll.

Als erster Schritt auf dem Wege, den Lloyd George einschlagen wird, ist der sogenannte englisch-französische Schutzvertrag anzusehen, der in seinen Grundzügen von Briand und Lloyd George festgelegt worden ist und dessen Entwürfe die beiden Premierminister bereits nach Paris bzw. London gebracht haben, um die Zustimmung der übrigen Mitglieder ihrer Regierungen zu erhalten. Der Vertrag wird von französischer Seite zunächst als ein Defensivvertrag gegen Deutschland betrachtet. Aber die allgemeine Auffassung und das Ziel der Engländer geht dahin, ihn so auszubauen, daß sich ihm allmählich alle Nationen Europas anschließen können. Belgien und Italien haben sich bereits auf den Sitzungen des Obersten Rates zum Anschluß bereit erklärt.

In England sieht man in diesem Vertrag und den entsprechenden Verhandlungen in Genua den einen neuen Orientierungspunkt in der ganzen europäischen Politik, bei der die erste Grundlage für die Bildung der

Vereinigten Staaten von Europa

gelegt werden soll, wodurch alle Sonderverträge zwischen den einzelnen Ländern von selbst in den Hintergrund treten würden. Man bezeichnet es in Cannes bereits als einen großen Schritt nach vorn, daß die Völker, die an der Konferenz von Genua teilnehmen wollen, zuvor die Verpflichtung eingehen müssen, kein anderes Volk anzugreifen. Es besteht somit zwischen den in Genua vertretenen Völkern eine Art Vorvertrag, eine gewisse Föderation, die es sich zur Aufgabe macht, kein europäisches Land anzugreifen.

Der Vertragsentwurf, wie er im Obersten Rate besprochen wurde, steht auch

militärische Zentralisierung des Rheinlandes

vor, d. h. ein beiderseitig unbefestetes linkes Rheinufer, dessen Neutralität von den Vertragsteilhabern gegen jeden Angriff gewährleistet werden soll. Das nimmt Frankreich den Vorwand zu seinen unmäßigen großen Rüstungen oder vielmehr, wie es so schön heißt, es gibt ihm die Möglichkeit zu weitgehenden Einschränkungen des Landheeres und in der U-Boots-Frage. Frankreich soll demgemäß in diesem Sinne auch ziemlich große Zugeständnisse in dem Abkommen machen.

Wie verlautet, soll ferner in dem Abkommen auch der territoriale Zustand Mittel- und Osteuropas gesichert werden, worauf man französischerseits großen Wert legt, weil dadurch der Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindert würde.

## Rußland sagt zu.

Eine russische Delegation wird nach Genua kommen.

Der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, hat folgendes Telegramm an den Obersten Rat in Cannes gerichtet:

Die russische Regierung nimmt mit Bestriedigung die Einladung zu der europäischen Konferenz an, die für nächsten Monat einberufen wird. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses wird die Wahl der russischen Delegation vornehmen und wird ihr ausgedehnte Vollmachten übertragen. Auch wenn der Präsident des Rates der Volkskommissare Lenin durch seine bisherigen Arbeiten und insbesondere wegen der Hungersnot verhindert sein sollte, Rußland zu verlassen, so wird in jedem Falle die Delegation sowohl durch ihre Zusammensetzung wie durch die Ausdehnung ihrer Befugnisse dieselbe Autorität besitzen, als wenn der Bürger Lenin an ihr teilnähme. Nichts wird also auf jeden Fall von Seiten Rußlands ein schnelles Arbeiten der Konferenz behindern.

Die Vorbereitung der Genuaer Konferenz.

Der Oberste Rat hat — wie „Havas“ berichtet — in seiner Sitzung am Montagabend beschlossen, daß schon Dienstag ein engerer Ausschuss sich mit der an die verschiedenen Mächte zu richtenden Einladung zur Konferenz in Genua beschäftigen solle. Dieser Ausschuss solle die Tagesordnung der Konferenz festlegen, bevor die letzte Fauna des Obersten Rates in Cannes zu Ende gehe. Die italienische Regierung werde dann die materiellen Organisationsmaßnahmen treffen. Man habe ursprünglich daran gedacht, das Völkerbundsekretariat mit der Vorbereitung der Konferenz von Genua zu betrauen, der Oberste Rat habe jedoch hierauf verzichtet wegen der vorliegenden Schwierigkeiten, namentlich mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, die im Völkerbund nicht vertreten seien.

## Die Vorbereitungen für Genua.

Italien versendet die Einladungen.

Der interalliierte Ausschuss, der die Bedingungen festlegen soll, unter denen die Konferenz in Genua zusammenzutreten wird, hat in seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz Loucheurs den Text der Einladungen festgelegt, die an die verschiedenen Mächte gerichtet werden sollen. Eine besondere Mitteilung wird, wie „Havas“ meldet, an die Sowjetregierung ergehen, in der deren Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Verpflichtungen hingelenkt werden soll, die der Oberste Rat beschlossen hat, von ihr zu verlangen.

Der Ausschuss hat ferner das Programm der Arbeiten der Konferenz von Genua aufgestellt, das ausschließlich ökonomische und finanzielle Fragen umfaßt. An der Spitze der Tagesordnung steht die Annahme der in der Resolution des Obersten Rates vom 6. Januar aufgeführten Bedingungen.

Der Oberste Rat nahm Mittwoch die Vorschläge dieses Ausschusses zur Kenntnis. Die Einladungen würden von dem Ministerpräsidenten Bonomi ausgeben und an die interessierten Staaten in zwei oder drei Tagen abgeschickt werden.

Rußland schlägt London vor.

Tschitscherin hat ein zweites Telegramm nach Cannes geschickt, worin er vorschlägt, den Sitz der Wirtschaftskonferenz nach London zu verlegen, da Genua zu abgelegen und die Verbindungen ungenügend seien. Die Sowjetregierung ist, wie man hierzu in unterrichteten Kreisen erklärt, der Ansicht, daß die Wahl Genuas den Gedanken einer unwichtigen, nur vorbereitenden Konferenz in sich schließt, während Paris oder London der Konferenz eine Bedeutung ersten Ranges verleihen würden, wie es für die Rückkehr Rußlands in das europäische Volkstanzert auch angezeigt sei.

Das Telegramm hat in den Kreisen der Konferenz große Überraschung, ja zum Teil Bestürzung hervorgerufen, besonders unter den Italienern. Es hat bereits in der französischen Presse ein Echo hervorgerufen; nach dem Beschluß des Obersten Rates dürfte aber wohl kein Zweifel

mehr sein, daß die Konferenz, wenn auch vielleicht nicht in Genua, so doch bestimmt in Italien stattfinden wird.

## Steuerkämpfe.

Eine Aktion der Linken.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht eine Erklärung, die eine scharfe Kampfanlage der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien an die bisherige Steuerpolitik der Regierung, in der bekanntlich die Sozialdemokratie ausschlaggebend vertreten ist, bedeutet. Diese Erklärung lautet:

„Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Gletsch zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers läßt nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats auch wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Erhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt vonstatten, so daß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert.“

Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverteilung abzufinden, und sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialistischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen.

Sie haben zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine Kommission gebildet, der angehören: Bissel, Tarnow, Albrecht vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Aufhäuser, Urban vom Afa-Bund, ferner Bernstein, Kahmann von der S. P. D. und Dr. Silberding und Dr. Herz von der U. S. P. Diese Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Leipziger Parteitag der U. S. P. D. übernehmen.

## Das neue Steuerprogramm.

Der Reichsfinanzminister vor den Steueranschlüssen.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Steuerauschnisse des Reichstages wandte sich nach Beendigung der ersten Lesung des neuen Steuerprogramms Reichsfinanzminister Dr. Hermes in einer längeren Rede gegen gewisse Änderungen, die die Ausschüsse an den Regierungsvorlagen beschlossen hatten, und um deren Nachprüfung er bat. Die Kohlensteuer müsse 40 v. H. betragen und die Umsatzsteuer dürfe auch nicht unter 25 v. H. herunter gehen. Auch bei den Vermögenssteuern hielt er die getroffenen Änderungen nicht für annehmbar. Durch die Streichungen und Abschwächungen, die die Ausschüsse an den Verbrauchsteuern vorgenommen hätten, entständen Minusberichtigungen von rund 12 Milliarden Mark, während die Einnahmeausfälle bei den Vermögenssteuern noch nicht abzuschätzen seien, aber auch erheblich sein dürften. Schon aus diesen Gründen bäte er um Berücksichtigung des Standpunktes der Regierung.

Die Änderungen der Einkommensteuer.

Im Anschluß hieran begründete der Minister nochmals eingehend die letzten vorgenommenen Änderungen des Einkommensteuertarifs, die vielfach besonders im Auslande ungünstig kommentiert worden seien. Die ursprüngliche Tarif hatte die Selbstentwertung überhaupt nicht berücksichtigt. Die ersten Änderungen nur sehr wenig. Jetzt habe die Mark im Auslande nur noch ein Fünftel ihres Wertes, im Inlande etwa ein Zehntel, d. h. ein Jahreseinkommen von 50 000 M. entspreche ungefähr einem Friedenseinkommen von 2500 M. Dem mußte der Steuertarif angepaßt werden. Da bei der steigenden Selbstentwertung auch die Durchschnittseinkommen gestiegen seien, glaubt der Minister, daß das veranschlagte Aufkommen an Einkommensteuern im Betrage von 28 Millionen Mark mindestens erreicht werde.

Keine weiteren neuen Steuern.

Zum Schluß hat der Minister, wegen der Geschäftslage der Steuerbehörden von neuen Steuererläßen Maßnahmen über die Vorschläge der Regierung hinaus abzusehen. Das Jahr 1922 müsse das Jahr der inneren Konsolidierung der Reichsfinanzbehörden sein. Die Ausschüsse vertragen sodann die zweite Beratung des Steuerprogramms auf einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt.

Die Getreideversorgung Sowjet-Rußlands.

Auch für die kommende Zeit sieht es nach den Ernährungsverhältnissen in Rußland schlecht aus. Die Sowjetregierung hat zwar einen großzügigen Plan aufgestellt, dessen Durchführung den erstrebten Wiederaufbau von Industrie und Wirtschaft ermöglichen soll. Nach ihm werden 282 Millionen Pud zur Versorgung Rußlands mit Getreide gebraucht. Und zwar sollen hiervon 160 Millionen durch Naturalabgaben, 57 Millionen Pud aus der Ukraine und 15 Millionen Pud auf dem Wege des Austauschs beschafft werden. Die Naturalabgaben, die hiernach mit zwei Drittel der Gesamtsumme in Rechnung gestellt sind, scheinen sehr gering zu sein und bleiben weit hinter dem erwarteten Quantum zurück, was nach den bisher gemachten Erfahrungen auch kaum anders zu erwarten ist. So wurden bis zum 10. November für fast drei Monate der Einsammelperiode, die im November ihren Abschluß findet, nur 80 Millionen Pud abgeliefert, also nur die Hälfte der Naturalabgaben. Das zeigt zur Genüge, wie problematisch die ganze Durchführung dieses Planes ist. Die Lage droht besonders dadurch katastrophal zu werden, daß sogar von den erntereichsten Gebieten Westrußlands nur ganz unbedeutende Mengen eingegangen sind. Im Oktober fielen die Mengen der Eingänge für das europäische Rußland im Vergleich zur ersten Zeit der Sammelperiode auf den achten Teil. Da diese Tendenz zu weiterer Abnahme der Lieferungen besteht, so kann man wieder mit einer Hungersnot in Rußland rechnen. Und erneut taucht wieder die Frage auf: sollen die übrigen Weltmächte noch weiter dem Chaos in Rußland zusehen oder ihm wiederum Lebensmittelhilfe leisten, für deren gerechte Verteilung sie sogar dann kaum eine Gewähr haben, wenn sie sie selbst an Ort und Stelle verteilen lassen. Es ist zwar durchaus eine Pflicht des Kulturmenschen, seinen bedrängten Nächsten zu helfen; aber schließlich kann man es keinem verargen, wenn er die Taschen zupackt, weil er sieht, daß alle Gabeln doch nur dem Besten des gewissenlosen Auswärters dienen. Darum ist es wohl geboten, all den Hilferufen aus dem Osten, soweit sie jedenfalls von Sowjetseite kommen, gegenüber die nötige Vorsicht und Zurückhaltung zu bewahren.

Deutsches Reich.

Der frühere Reichskanzler Fehrenbach beging am 11. Januar die Feier seines 70. Geburtstages. Fehrenbach, der dem Zentrum angehört, erfreut sich bei allen Parteien des höchsten persönlichen Ansehens. Er bekleidete daher zahlreiche parlamentarische Vertrauensstellungen und seit Kämpfs Tode war er Präsident des Reichstages. Auch in der Nationalversammlung hatte er diesen Posten inne. Als nach den Reichstagsneuwahlen 1920 sich die Bildung einer arbeitsfähigen Koalition besonders schwierig gestaltete, sah man in ihm die geeignetste Persönlichkeit, die bei allen Parteien das genügende Vertrauen besaß, um auch eine Minderheitsregierung arbeitsfähig zu erhalten, und ernannte ihn zum Reichskanzler. Das Londoner Ultimatum mit seinen unerhörten Forderungen veranlaßte ihn, der die Forderungen der Feinde ebenso wie sein Außenminister Dr. Simons für unerfüllbar erklärte, zum Rücktritt. Sein Parteifreund Dr. Brüning trat an seine Stelle. Er selbst hat sich seitdem vom politischen Leben etwas zurückgezogen.

Die U. S. P. für Diktatur des Proletariats. Dem Leipziger Parteitag der U. S. P. wurde von der Programmkommission ein Manifest vorgelegt, das den Klassenkampfcharakter der Partei mit besonderer Schärfe betont. Es werden darin die bekannten innerpolitischen Forderungen nochmals mit großer Schärfe aufgestellt und im Hinblick auf die Mehrheitssozialisten betont, daß diese Forderungen, insbesondere die nach der Besteuerung der Sachwerte und der sofortigen Sozialisierung des Kohlenbergbaus, zur Grundlage des gemeinsamen proletarischen Kampfes sämtlicher Gewerkschaften und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse gemacht werden müßten. In seiner Begründung dieses Entwurfes schlug Ledebour sehr scharfe Töne an. Auch er wandte sich, wie seine Vorredner, scharf gegen die Koalitionspolitik der S. P. D. Die U. S. P. erklärte er, bekenne sich zur revolutionären Diktatur des Proletariats und sie wird zur Erreichung dieses Zieles auch Gewalt anwenden, wenn es nötig sei.

Die Einigungsdebatte auf dem Leipziger Parteitag der U. S. P. wurde auch am Dienstag fortgesetzt. Die trennenden Momente, die die U. S. P. sowohl von den

Mehrheitssozialisten wie von den Kommunisten scheiden, wurden von fast allen Rednern hervorgehoben, wobei sich der eine mehr mit den Nachbarn rechts, der andere mit denen links beschäftigte. Das Ergebnis war, daß die U. S. P. ihren eigenen Standpunkt noch schroffer herauskehrte als bisher. Eine Einigung mit der Sozialdemokratie wurde nur dann in Aussicht gestellt, wenn diese ganz auf die Koalitionspolitik verzichtete und scharf nach links einschwenken würde.

Parlamentarische Kosten. Während der Reichstag 29 Millionen Mark kostet, beziffern sich die Ausgaben für den Preussischen Landtag auf 24 Millionen Mark, hiervon entfallen 12 Millionen Mark auf Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten. Für den preussischen Staatsrat ist beim Ministerium des Innern ein besonderer Etat aufgestellt, der 2 268 548 M. anfordert.

Die Organisation der Polizei. Vor kurzem fanden im Reichsministerium des Innern Besprechungen mit Vertretern der Länder über Polizeifragen statt. Reichsminister Dr. Brüning wies darauf hin, daß die beschleunigte Regelung der noch schwebenden Fragen, insbesondere die der Versorgung der Beamten der Schutzpolizei, eine unbedingte Notwendigkeit sei. Im Verlauf der Besprechung wurden die Wünsche der Beamtenschaft eingehend erörtert und gewürdigt, insbesondere der Wunsch auf lebenslängliche Anstellung der Angehörigen der Schutzpolizei nach Ablauf der zwölfjährigen Verpflichtungszeit. Die große Mehrheit der Länder hielt die Erfüllung dieses Wunsches für nicht möglich; andererseits herrschte volle Einmütigkeit, daß den Angehörigen der Schutzpolizei möglichst viele lebenslängliche Beamtenstellen vorbehalten bleiben müssen.

Verbot der Karnevalsveranstaltungen in ganz Preußen. Angesichts der Not der Zeit hat das preussische Ministerium des Innern sämtliche Regierungspräsidenten angewiesen, durch gleichlautende Polizeiverordnungen überall die Veranstaltung öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freiem Himmel, die Veranstaltung öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen, sowie endlich auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen und bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen das Tragen karnevalistischer Verkleidungen und Abzeichen, das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge und das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergl. zu verbieten. Gleichzeitig hat die preussische Staatsregierung auch die übrigen Landesregierungen gebeten, für ihre Gebiete eine entsprechende Regelung zu treffen.

Gerüchte wollen von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichsministers Dr. Hermes wissen, der zum Botschafter in Washington auszuweichen sein soll.

Im Auswärtigen Amt fand die erste Sitzung der deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen statt. Es wurde Einverständnis darüber erzielt, in welcher Weise die Verhandlungen weitergeführt werden sollen und die Bildung von Unterkommissionen beschlossen.

Zum Regierungspräsidenten in Aöln wurde der Landrat Graf Adeltmann von Adeltmannsfelden ernannt.

Bis ungefähr Mitte März werden im ganzen noch drei größere Truppenteile der amerikanischen Besatzung nach den Vereinigten Staaten zurückbefördert werden.

Die Deutschnationale Fraktion des Reichstages hat bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantragt, den Ausschuss zum Zwecke der Herbeiführung einer Auskunft der Regierung über die Verhandlungen in Cannes sofort einzuberufen.

Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar mitgeteilt, daß vom 10. Januar ab keine Zahlungen zugunsten des Zollkomitees mehr erfolgen dürfen. Alle Beträge, die nach dem 10. Januar noch dem Zollkomitee zuzuführen sollten, werden an die deutschen Zollkassen abgeführt.

Am Dienstag trafen der württembergische Staatspräsident Dr. v. Hüber und der badische Staatspräsident Hummel zu zweitägigem Besuch in München ein.

Ausland.

Rußland.

Zweijährige Dienstreue in Sowjet-Rußland. Nach einem Telegramm der „Berliner Tageblätter“ teilt die Zeitung „Kul“ mit, daß die Sowjetregierung eine Verfügung betreffend Einführung der zweijährigen obligatorischen Wehrpflicht veröffentlicht hat. Die Wehrpflicht tritt mit dem 18. Jahre ein.

Österreich.

Österreichs Verzicht auf den Anschluß. Im Außenamt des tschechischen Abgeordnetenhauses erstattete Ministerpräsident Beneš Bericht über die Bündnisverträge mit Deutsch-Österreich (Vertrag mit Dr. Renner und Staatsvertrag von Vana). Er betonte, daß beide Verträge nur insofern politischer Natur seien, als sie den gegenseitigen Wünschen entsprechend, sich ent-

schieden gegen die Wiedereinsetzung der Habsburger und gegen jede Veränderung des heutigen Zustandes von Mitteleuropa richteten. Inwieweit sicherten sie gegenseitige wohlwollende Neutralität zu für den Fall, daß einer der beiden Staaten angegriffen würde. Militärische Verpflichtungen beständen nicht.

Italien.

Die deutsche Konkurrenz in Italien. Italienische und französische Blätter stellen fest, daß Italien bereits stark die „verderblichen“ Wirkungen der deutschen Konkurrenz für die italienische Eisenindustrie fühlt. Gleichzeitig ist die deutsche Konkurrenz besonders tätig in der Papierbranche, in Glaswaren und Farbstoffen. Im italienischen Senat erklärte Orlando, daß die deutsche Einfuhr innerhalb der letzten Monate auf 924 Millionen Lire angewachsen ist, von denen nur etwa 5 Millionen auf Rohstoffe entfallen.

England.

Griffith Präsident des irischen Freistaates. Das Sinnfeinerparlament in Dublin wählte an Stelle des zurückgetretenen De Valera Griffith zum Präsidenten der irischen Republik. Die Anhänger de Valeras stimmten nicht mit ab. In dem Kabinett wurde der zweite Hauptführer der Gruppe, die für das englisch-irische Abkommen sind, Collins, Finanzminister. So ist also eine vorläufige Regierung geschaffen, der die britische Regierung die dem neuen irischen Freistaat verliehenen Vollmachten übertragen wird, und die eine Verfassung entwerfen wird. Bei Eröffnung der Sitzung wurde eine Botschaft des Papstes verlesen, in der er seine Freude über die Einigung Irlands mit England ausdrückte.

Raoul Peret wurde mit großer Stimmenmehrheit wieder zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.

General Mahmud Mukhtar Pascha, der ehemalige türkische Botschafter in Berlin, wird nach einer Havasmeldung, in wichtiger Mission nach London abreisen.

Der Chef der Mitteleuropäischen Sektion im polnischen Außenamt Ladosz ist von Warschau nach Prag abgereist. Es handelt sich um die Ratifikation des tschechoslowakisch-polnischen Vertrages.

Die von den Polen inszenierte sogenannte Volksabstimmung in Biala fand unter Nichtbeteiligung der Mehrheit der Bevölkerung ausmachenden Litauer, Weißruthen, Deutschen und Juden statt. Das höchst anfechtbare Resultat dieser „Abstimmung“ ist noch nicht bekannt.

Antibolschewistische Truppen besetzten in Ostibirien Nikolajewsk am Amur.

Heimatliches.

Nastätten, 13. Januar 1922.

Der Kriegerverein „Germania“ bezieht am 12. Februar seine dreißigjährige Winterfestlichkeit. Das vorgegebene reichhaltige Programm (Theateraufführung mit anschließendem Ball) stellt den Besuchern einige genussreiche Stunden in Aussicht.

Die Wahlen der Vertrauens- und Ersahleute zur Angestellten-Versicherung findet im Kreise St. Goarshausen am nächsten Sonntag, den 15. Januar 1922, nachmittags von 3—6 Uhr statt. Die Wahllokale sind die Bürgermeisterämter. Es kann nur immer darauf hingewiesen werden, daß die Wahlen für alle männlichen und weiblichen Angestellten von außerordentlich großer Tragweite sind, da die Zukunft noch wesentliche Fortschritte und Verbesserungen in der Ausgestaltung und Versicherung hinsichtlich Leistungen sowie Erweiterungen der Selbstverwaltung bringen soll. Restlose Beteiligung an der Wahl ist selbstverständliche Pflicht aller bedenkenden Angestellten.

Da die letzte Versicherungsstarke als Ausweis bei der Wahl verlangt wird, ist es unbedingt notwendig, daß die wahlberechtigten, d. h. über 21 Jahre alten Angestellten sich diese von ihren Arbeitgebern rechtzeitig ausshändigen lassen. Ohne Vorlage der letzten Versicherungskarte kann das Wahlrecht nicht ausgeübt werden.

Gedenkt der hungernden Vögel, denen der Tisch verschneit ist! Auch der Kettenhunde, welche euch Haus und Hof bewachen; der Zughunde, welche oft schwer arbeiten müssen. Vernachlässigung in der Ernährung wie Unterkunft empfinden auch sie schwer.

Finanzamt und Kirchensteuer. Der Uebergang der Kirchensteuer-Verwaltungen auf die Finanzämter ist noch zu neu, um allgemein gültige Vorschriften über die Einzelheiten des Zusammenwirkens der Kirchengemeinden mit den Finanzämtern zu erlassen. Der Minister für Volksbildung will jetzt nur Hinweise dafür geben. Den Finanzämtern übertragen ist die Benachrichtigung der Kirchensteuerpflichtigen von der erfolgten Veranlagung, sowie die Einziehung und Beitreibung, ferner die Aufschreibung der Zuschläge zur Reichseinkommensteuer bei der Veranlagung. Aufgaben entscheidender Art sind den Finanzämtern im Veranlagungsverfahren nicht zugewiesen. Die Veranlagung ist den bisher zuständigen kirchlichen Instanzen verblieben. Deshalb bleibt auch das Rechtsmittelverfahren unverändert. Sie entscheiden nach den bisherigen landesrechtlichen Vorschriften über Stundungs- und Erlassungsanträge. Der kirchliche Umlagebeschuß bedarf der kirchen- und staatsaufsichtlichen Genehmigung wie bisher. Die Kirchengemeinden müssen sich vergewissern, daß dem Finanzamt das Glaubensbekenntnis der Steuerpflichtigen bekannt ist. Sonst muß jede

Kirchengemeinde dem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Steuerpflichtigen einreichen.

Niederwallmenach, 13. Jan.

Seit der großen Flandernoffensive 1917 trug Wilhelm Dillenberger von hier einen Granatsplitter etwas oberhalb des linken Knies bei sich, der ihm recht oft in der langen Zeit schwer zu schaffen machte. Die schmerzende Wunde, die wiederholt heilte und immer wieder aufbrach, blieb seit letzten Herbst jedoch stets eiternd offen. Dieser Tage gelang es nun Herrn Dr. Cathrein in Nastätten, auf operativem Wege den Fremdkörper zu entfernen, der ein äußerst scharfkantiger und verrosteter Splitter ist.

Jorn, 11. Jan. Am 24. Januar findet im

Saale des Herrn Gastwirts Ph. Reichert eine Bauernschafts-Versammlung für die Dörfer Nau-roth, Hilgenroth, Dickshied, Egenroth, Grebenroth, Martenroth, Langshied, Algenroth, Nieder- und Obermeilingen statt. Am 24. und 25. Januar findet gleichzeitig ein Buchführungskursus daselbst statt. Die Herren Vorsitzenden der genannten Dörfer werden gebeten, dies ihren Bauernschaften bekannt zu machen und diejenigen Personen, welche an dem Kursus teilnehmen wollen, zu veranlassen, sich bis zum 15. ds. Mts. bei dem Vorsitzenden der Ortsbauernschaft in Jorn zu melden, denn unter 20 Teilnehmern kann der Kursus nicht stattfinden.

Rageneinbogen, 12. Jan. Bei einem

hiesigen Schreinermeister ist ein nächtlicher Einbruch verübt worden, Sparschneibücher in beträchtlicher Höhe und etwa 30 bis 40000 Mark wurden mitgenommen. Bis jetzt fehlt jegliche Spur des Einbrechers, doch muß derselbe nach Lage mit allem sehr vertraut gewesen sein.

Spd. Braubach, 11. Jan. Bei dem Schneetreiben

der vergangenen Woche konnten zahlreiche Schiffe die Fahrinne nicht mehr sicher erkennen, sodas sie stets in großer Gefahr schwebten. So fuhr ein großer Schleppzug bei dem unsichtigen Wetter in den berüchtigten „Braubacher Grund“, doch blieb nur ein tiefgehender Raßn stecken, während die anderen noch gut davon kamen. Durch den Unfall ist die Schifffahrt nicht behindert worden.

Spd. Frankfurt, 12. Jan. In Frankfurt,

dem Mittelpunkt der deutschen Lederindustrie und der Schuhmaschinenfabrikation Europas, beschäftigt man, die Errichtung eines Schuhtechnikums. — Vor einigen Tagen wurde im Bahnhofsviertel der Baron Franz von Wamboldt aus Birkenau a. d. Bergstraße von einem Lastauto so erheblich verletzt, daß er jetzt im Krankenhaus verstorben ist. Der Verunglückte, der 34 Jahre alt war, wurde am Mittwoch seiner Heimat zugeführt und heute dort beigesetzt.

Spd. Frankfurt, 13. Jan. Der Geburtenrückgang

während des Krieges kommt in diesem Jahr zum ersten Male bei den Anmeldungen zur Schule zur vollen Auswirkung. Die Anmeldungen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 2000 Kinder zurückgegangen, gegenüber 6500 im Vorjahr. Dieser Rückgang hat zur Folge, daß ungefähr 45 Klassen überflüssig werden. Es ist wahrscheinlich, daß bei den Anmeldungen im nächsten Jahr der Geburtenrückgang noch stärker zum Ausbruch kommt. Die Folge dieses Rückgangs ist, daß die Zahl der Arbeitslosen Lehr-amtskandidaten und Lehrer sich noch gewaltig vergrößern wird. — Bei der Ausführung von Bauarbeiten in der Brauerei Jung stürzte der Maurer Peter Jann aus Nieberlenbach von einem Gerüst ab und erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen.

Griesheim, 11. Jan. Auf die Aus-

schreibung der hiesigen Bürgermeisterstelle haben sich 185 Bewerber gemeldet. Die Wahlprüfungskommission hat 5 Kandidaten in die engere Wahl gestellt.

Spd. Dillenburg, 11. Jan. Die Schönbach-

Nother Basaltwerke sind gezwungen, wegen Kohlenmangel ihren Betrieb vorläufig einzustellen. Die zahlreichen Arbeiter sind gezwungen, ihr Brot auswärts zu verdienen.

Spd. Aus dem Westerwald, 12. Jan.

Ganz gewaltige Preise wurden bei einer Landesversteigerung in Norden erzielt. Trotzdem die Acker in wenig guten Lagen belegen sind, stieg der Preis gegenüber dem Friedenspahtpreis um das 40fache.

Vermischtes.

Ein Zeichen der Zeit. Zur Bekämpfung des Diebstahls hat die Gubstahlfabrik Krupp in Essen einen besonderen Überwachungsdiens eingerichtet. Diesem sind im Geschäftsjahr 1920-21 659 Diebstähle von Werkzeigentum mit einem Gesamtwert von rund 2 500 000 M. bekannt geworden. Davon wurden wieder herbeigebracht für 1 440 000 M. Gemeldet wurden außerdem 34 Diebstahlversuche, 87 Diebstähle von Privateigentum im Werte und 41 sonstige strafbare Handlungen. Gerichtlich bestraft wegen Diebstahls von Werkzeigentum wurden 240 Personen mit insgesamt 17 Jahren Zuchthaus, 22 Jahren und 11 Monaten Gefängnis, 28 Jahren Ehrverlust, 8220 M. Geldstrafen und 6 Verurteilungen.

Raffenergung durch A. Lengas. Bei einer Feier im Kurgarten in Wünnen-Rhymphenburg erkrankten durch ausströmendes Kohlengas 80 Personen. 26 Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Rätselhaftes Verschwinden eines Gabelbesizers. Eine dunkle Affäre be-

Wichtig gegenwärtig die Weiswälder Kriminalpolizei. Seit dem 5. August ist von dort der Inhaber des Hotels „Silb- beutscher Hof“ W. verschwunden. Die Frau hat von dem Verschwinden des Man- nes keine Anzeige gemacht, und da die Ge- wissensverhältnisse ungünstig waren, ver- mietet man, daß die Frau von dem Ver- schwinden weiß, und daß W. ermor- det ist.

\* Aus Seerot geborgen. Der mit 5000 Tonnen Stützgut von Antwerpen nach Hamburg abgegangene englische Dampfer „Ernier“, der in der Nordsee Maschinen- schaden erlitt und 24 Tage umhertrieb, ist westlich von Helgoland von Geestemünder Schleppern abgeholt und nach Hamburg ge- bracht worden. Das Schiff ist vom Gerichts- vollzieheramt mit Beschlag belegt worden. Die Bergelohnforderung beläuft sich auf 1,5 Millionen Mark. — Der Dampfer „Gessa“ aus Hamburg, der sich mit einer Ladung Mais auf der Reise vom Heimat- hafen nach Holbaek (Dänemark) befand, ist an der Halbinsel Refsnäs gestrandet.

\* Zugunglück an der deutsch-böhmischen Grenze. Der Personenzug Rasthau- Oberberg ist nachts bei Piptawsta-Tepla in- folge Gleisbruchs entgleist. Drei Wagen sind über den Damm gestürzt, 28 Personen sind leicht, 5 schwer verletzt. Der Per- sonenverkehr wird durch Umsteigen auf- recht erhalten.

\* Falsche Hundertmarkscheine. Von den seit etwa einem Jahre zur Ausgabe gelangten Hundertmarkscheinen der Aus- gabe mit dem Aufdruck: „1. November 1920“ sind neue Fälschungen im Verkehr aufgetaucht. Die falschen Scheine unter- scheiden sich von den echten Scheinen durch das von dem echten Banknotenpapier ab- weichende Papier, durch unklare und et- was verschwommene Druck, ferner fehlt bei den Fälschungen das Wasserzeichen und der Faserstreifen. Der Faserstreifen wird durch den Aufdruck von farbigen Strichen nur schlecht vorgetäuscht. Die falschen Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit leicht von den echten Scheinen zu unter- scheiden.

\* Die Opfer von Oppau. Die aus Mannheim gemeldet wird, wurde in der außerordentlichen Generalversammlung der Badischen Anilin- und Sodafabrik mitge- teilt, daß bei dem Oppauer Unglück 522 Menschen ihr Leben eingebüßt haben, 1097 verletzt wurden und 48 Leute vermißt werden.

\* Großfeuer. In den Gummierwerken Einbeck vernichtete ein Großfeuer die Gummiaufbereitung mit den großen Gummi- vorräten, die Betriebs- und Expeditionswerte. Der Schaden beträgt 2,5 Millionen Mark. Die Entstehungsurache ist unbe- kannt. — Als Brandstifter des Groß- feuers, das die Kunstmühlwerke Weid- ling in Stendal vernichtete, wobei ein Schaden von 10 Millionen Mark entstanden ist, wurde der frühere Geizer der Werke, Müdert, verhaftet.

\* Tragisches Ende eines Kapitäns. Der von der Reederei Stinnes zurückgekauft Hamburger Dampfer „Professor Boer- mann“ traf Halbtag gestlagt von South- hampton in Cuxhaven ein. Der Kapitän des Dampfers Osterdinger war auf See plötzlich an Herzschlag gestorben.

\* Neue Schneefälle in den Alpen. Zu Beginn dieser Woche haben neue Schneefälle in der Schweiz eingesetzt. Es wehen heftige Stürme bei einer Windstärke von 140 Sekundenkilometern. Große Ver- kehrsstörungen werden befürchtet. Die internationalen Telephon- und Tele- graphenlinien haben bereits stark unter Schneestürmen gelitten. Der Südpass der Alpen ist dagegen seit sechs Monaten ohne Niederschläge. Es wird befürchtet, daß in dieser Gegend der Schweiz alle Kulturen zugrunde gehen.

\* Ein sizilianisches Dorf verschüttet. Ein Erdstütt infolge anhaltender Regen- güsse und Schneefälle verschüttete das sizilianische Dorf San Fratello teilweise. Das Rathaus, die Kirche, das Post- und Tele- graphengebäude und viele andere Häuser wurden zerstört. Die etwa 5000 Einwoh- ner flüchteten in die umliegenden Dörfer. — In Messina sind in noch nie dagewesener Umfang Schneefälle eingetreten, wodurch großen Schaden angerichtet wurde.

\* Kaiserin Jita in der Schweiz. Die frühere Kaiserin Jita wird voraussichtlich am Donnerstag über Basel in die Schweiz einreisen. Sie wird in dem Spital, in dem sich ihr Sohn befindet, Wohnung nehmen und unter ständiger polizeilicher Bewachung stehen.

\* Diplomatische Kuriere als Schieber. Wie das Prager Kommunistenblatt meldet, ist man dort Schiebereien großen Stils auf die Spur gekommen. Kuriere der tschecho- slowakischen diplomatischen Mission in Moskau sollen nach dieser Nachricht in Rußland gestohlene Bilder und Teppiche im Werte von Millionen nach Prag gebracht haben, von wo sie dann nach Frankreich be- fördert und dort verkauft wurden.

\* Belgische Soldaten als Bombenwer- fer. Dienstag abend wurde in ein Gast- haus in Moers, in welchem der Ruder- klub Germania unter großer Beteiligung der Bürgerchaft sein Winterfest feierte, eine Granate durch ein Fenster geworfen, die sofort explodierte. Hierdurch wurden neun Personen teils leicht, teils schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Die Täter wurden am nächsten Tage von der belgi- schen Gendarmarie verhaftet. Es handelt

sich um zwei belgische Soldaten, welche die Granate in den Saal geworfen haben. Der Beweggrund zu der Tat ist unbekannt.

\* In Bisselbode, Kreis Rothenburg, ist im Alter von 75 Jahren Generalleu- tant Konstantin Baron, der bekannte Fahnenführer von Weissenburg aus dem Stebälger Kriege, gestorben.

© Die Gasrechnung ist bei den heutigen Tarifen mitunter recht hoch, aber der Gas- verbraucher kann sich nicht immer von jeder Teilnahme an der Verteuerung freispre- chen, denn die Brenner bei den Lampen und der Flammenkranz beim Kochen sind nicht immer genau reguliert, und diese Regulie- rung ist eine große Notwendigkeit. Die Berechnung der Gaspreise erfolgt bekannt- lich nach Kubikmetern zu 1000 Litern. Ein Stehlichtbrenner darf, wenn alles in Ord- nung ist, wohl nicht mehr als 175 Liter Gas in der Stunde verbrauchen, eine Koch- flamme höchstens etwa 450 Liter. Werden diese Ziffern erheblich überschritten, so ist etwas nicht in Ordnung. Allerdings hat sich unter der Kalamität mit den Kohlen auch die Gasfaktamität verringert, so daß mehr als sonst verbraucht wird, um den gewünschten Koch- oder Lichteffekt zu erzielen.

© Die Stadtverwaltungen haben ihre schwierige und verantwortungsvolle Arbeit, denn das Kapitel der städtischen Finanzen ist nur da als ein gelöstes zu betrachten, wo besondere Umstände sich als nutzbringend erweisen. Gute Fortbestände, Steinbrüche, billige Wasserkraft für elektrische Anlagen, starke Nachfrage nach industriellen Bau- land und anderes bringen erhebliche Ein- nahmen für die Stadtkassen, aber im allge- meinen sind das nur Ausnahmen. In den meisten Städten muß gekämpft werden. Nach und nach ist klar geworden, daß aus- schließlich Zuschüsse aus der Reichskasse nicht zu erwarten sind, und der Reichstag sollte mit den städtischen Finanzen ein mit- fühlend Herz haben. Es war seiner Zeit ein Irrtum, den Städten das Recht des Steuerzuschlags auf die Einkommensteuer zu nehmen. Das geschah damals, um die Bevölkerung von der Sorge vor zu hohen direkten Steuern zu befreien, denn die Reichseinkommensteuer ist bekanntlich gegenüber der früheren Staatseinkommen- steuer beträchtlich erhöht worden, und weil man keine Ahnung haben konnte, wie riesenhaft die Reichsausgaben steigen wür- den. Heute zeigt es sich, daß die neuen städtischen Steuern noch mehr Unzufrie- denheit erwecken, als früher die Zuschläge, und daß die jetzigen Kommunalsteuern nicht immer so genau auf die leistungsfähigen Schultern verteilt werden können, wie die früheren. Da in der Steuererhebung schon so viele Änderungen vorgenommen wurden, ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch bei den Kommunalsteuern zweckmäßi- gere Grundlagen geschaffen werden sollten.

© Die Postkarte als Briefersatz. Bei der neuen Portoverhöhung wird jedermann gut tun, die Portofrage genau zu studieren. Es ist unglücklich, wieviele Postfächer noch zu hoch frankiert werden, sogar von Reichs- ämtern! Andererseits wird eine Flucht zur Postkarte eintreten, die alles Bisherige übertrifft. Im Ortsverkehr kostet die Postkarte 75 Pfg. und der Brief 1,25 M., im Fernverkehr ist die Karte mit 1,25 M. und der Brief mit 2 M. zu frankieren. Hat man gar mit dem Ausland zu tun, so muß man für die Karte 2,40 M. und für den Brief 4 M. bezahlen. Man erspart also im Ortsverkehr 50 Pfg., im Fernverkehr 75 Pfg. und im Verkehr mit dem Ausland sogar 1,60 M., wenn man zu seiner Mitteil- ung eine Postkarte benutzt. Dies wird in den meisten Fällen sehr gut möglich sein. Schon auf dem kleineren Format, das von der Post selbst ausgeben wird, kann man in kurzen Stichworten den Inhalt eines 4- bis 6seitigen Briefes unterbringen. Noch weit größer sind aber die Möglichkeiten für die im Inlandsverkehr zulässige Post- kartengröße von 15,7 : 10,7 Zentimeter, die in allen Papiergeschäften zu haben ist. Sie kostet zwar 10 Pfg. mehr als der Papier- zuschlag der Post, aber bei den hohen Portoverhältnissen lohnt sich ihre Verwen- dung. Neben der Vergrößerung der Post- karte wird das wichtigste Bestreben eines jeden sein, die Schrift zu verkleinern. Be- merkt soll nur noch werden, daß auf dem besseren Karton der größeren Postkarte eine kleinere Schrift weit lesbarer ist als auf dem „tauglichen“ Karton der Post. Da schließlich auf die Postkarte selbst der Poststempel aufgedrückt wird, erübrigt sich die Angabe von Absendungsart und Da- tum, wodurch eine Zeile erspart wird. An- rede und Unterschrift wird man ohne Ab- sag in den Text aufnehmen und für die Auffrischung des Abenders findet sich an dem Trennungsbereich der Anschriftseite noch ein brauchbares Plätzchen.

© Größe und Gewicht der Postkarten. Es wird von neuem darauf hingewiesen, daß Postkarten im Inlandsverkehr die Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter nicht überschreiten und nicht mehr als 8 Gramm wiegen dürfen. Größere oder schwerere Postkarten unterliegen der Briefgebühr und werden mit einer Nachgebühr in Höhe des an der Freigebühr für einen einfachen Brief fehlenden Betrags belegt. Diese Nachge- bühr beträgt vom 1. Januar an z. B. im Fernverkehr 1,50 M. Postkarten im Aus- landsverkehr dürfen nur 14 : 9 Zentimeter groß sein.

© Die Forderung der Post einst und heute. Auf den neuen Posttarif war man rechtzeitig vorbereitet, nicht aber auf das, was ein weiler Postfiskus an Neuerungen alles beschloffen hatte. Recht unangenehme Ueberraschungen gab es deshalb besonders in großen Industriebetrieben, die einen umfangreichen Telegrammverkehr haben. Weltbekannte Leipziger Firmen bekamen in diesen Tagen Telegramme mit einem Strafporto von 4 M. zugestellt, weil ent- weder die Angabe der Strahe oder die Hausnummer fehlte. Das war für die be- treffenden Firmen um so verwunderlicher, als sie bisher Telegramme mit den glei- chen Mängeln anstandslos ausgesetzt be- kamen. Und in Berlin, Frankfurt, Ham- burg und anderswo ging es großen Firmen, ja sogar öffentlichen Körperschaf- ten ähnlich. Wie die Post hierzu mittelst, handelt es sich bei diesen Maßnahmen um kein Strafporto, sondern um die Erhebung einer Ergänzungsgebühr, die laut Bestim- mung vom 1. Januar bei allen Sendungen erhoben wird, wenn die Anschrift nicht voll- ständig ist. Und zwar wird diese Gebühr für die durch die Unvollständigkeit der An- schrift nötigen Nachforschungen im Adress- buch usw. erhoben. — Und einst, als der Brief noch 10 Pfg. kostete, legte die deutsche Reichspost alles daran, um den Verkehr von der „Forderung der Post“ ausrecht zu er- halten.

© Die Notwendigkeit des Zeitungs- lesens. Ein bemerkenswertes Urteil hat kürzlich das Landgericht München II nach einer Mitteilung der „Deutschen Gemeinde- zeitung“ über zwei Holzarbeiter gefällt, die wegen Nichtlesens von Zeitungen die Ver- ordnung über unbefugten Waffenbesitz nach der Ablieferungsfrist übertreten hatten. Das Gericht bezeichnete das Nichtlesen von Zeitungen als eine grobe Fahr- lässigkeit und ließ auch die Einwendung nicht gelten, daß die Arbeiter in ihren Ge- birgsdörfern keine Zeitungen zu lesen be- kämen.

© Erhöhung des Brotpreises. Aus den Ziffern des Reichshaushaltsplanes geht hervor, daß die Reichsregierung ent- schlossen ist, der Ententeorderung auf Be- seitigung der Zuschüsse zur Verbilligung des Brotgetreides nachzukommen. Eine baldige Erhöhung der Brot- und Mehl- preise steht daher unmittelbar bevor. Die bereits bewilligten Mittel zum Ankauf des Auslandsgetreides sollten bis zum 31. März reichen. Wie hoch sich dann nach Wegfall der Reichszuschüsse der Brotpreis stellen wird, läßt sich augenblicklich, wo sich die An- gelegenheit noch im Stadium der Vorbe- reitung befindet, nicht sagen.

— Eltern und Kinder. In früherer Zeit hieß es: „Ein Elternpaar kann leicht ein Duzend Kinder ernähren, als ein Duzend Kinder seine Eltern.“ Das will man heute in der jungen Welt oft nicht mehr wahr haben, denn die Söhne und Töchter verdienen früh ein gutes Stück Geld, aber das alte Wort bleibt doch Wahr- heit, denn wenn die Kinder heute von ihrem Verdienst so viel abgeben sollten, daß die Eltern davon leben könnten, so würde es selbst bei einer größeren Zahl von Kindern wohl bedenklich hapern. Dagegen bildet das Elternhaus für alle Söhne und Töchter eine Zufluchtsstätte, ohne die sie auch bei dem heutigen Verdienst kaum zurecht kom- men würden. Denn es fehlt ihnen an Er- fahrung, die heute oft sehr teuer erworben werden muß. Die Gerechtigkeit der jungen Leute ist ein spärliches Mineral gegenüber dem reichen menschlichen Wissen der Eltern, und sie können nichts Praktischeres tun, wenn es ihnen nicht schon die Achtung ge- bietet, als dem elterlichen Rat zu folgen. Früher bekamen die Eltern den Arbeits- verdienst der Kinder und gaben diesen, was sie für nötig hielten. Das hat oft aufge- hört, es ist auch viel von Intimität ge- schwunden. Aber die größere Selbständig- keit der Kinder sollte aus Klugheit die An- hänglichkeit an die Eltern so fest wie mög- lich zu halten suchen, denn nie haben die Kinder bessere Freunde als Vater und Mutter.

Gerichtliches.

§ Strafverfolgung der Saboteure im Eisenbahnerstreik. Wie aus Berlin amt- lich mitgeteilt wird, ist gegen alle Personen, die sich bei dem letzten Eisenbahnerstreik Sabotageakte haben zuschulden kommen lassen, gemäß den Abmachungen zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisen- bahnergewerkschaften, strafgerichtliche Un- tersuchung im Gange, die zurzeit läuft, ohne daß das Reichsverkehrsministerium gegen- wärtig irgendwelchen Einfluß auf ihren Gang hat. Von einer Nachregelung der am Streik beteiligten Eisenbahnarbeiter und Beamten kann keine Rede sein, da die Ab- machungen, die den Streik beendigten, dies ausschlossen.

§ Nachtzüge im Gerichtssaal. Celly de Helder (Frau Sewaloh), die be- kannte Berliner Sängerin und ihr ge- samtes Ballett stehen vor Gericht. Ange- klagt sind die Sängerinnen und ein halbes Duzend Kabarettisten wegen Er- regung öffentlichen Vergern- isses durch Vorführung von Nach- tügen in Kabarett und im Film. Zu der Verhandlung hat sich ein ganzes Heer von Sachverständigen, darunter viele be- kannte Künstler, eingefunden. Unter Aus- schluß der Öffentlichkeit wurde dem Ge- richt der Film mit den Nachtzügen im Ge-

richtssaal vorgeführt. Außerdem fand in einem Berliner Theater eine Sondervor- stellung des Balletts für den Gerichtssaal statt. Die Verhandlung dürfte sich auf drei Tage ausdehnen.

Handel und Verkehr.

§ Beschlagnahme privater Kohlenfen- dungen. Ähnlich wie mitgeteilt: Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahn- direktionspräsidenten bevollmächtigt, Koh- lensendungen, die für private Empfänger im eigenen Bezirk bestimmt sind, zu be- schlagnehmen. Die Maßnahme ist auf die Zeit bis zum 19. Januar 1922 be- schränkt.

§ Anhilfe der Funktelegraphie bei Massenstörungen im Drahtnetz. Die schwe- ren Stürme der letzten Wochen haben be- kanntlich auch die Telegraphenleitungen stark beschädigt und gestört. Dabei sind jetzt in größerem Umfang die funktele- graphischen Verbindungsmöglichkeiten als Ersatz für die gestörten Drahtverbindungen erfolglos ausgenutzt worden. So konnte im Verkehr mit den nordischen Ländern die Funktelegraphie helfend eingreifen. U. a. wurde der von deutscher Seite an die schwe- dische Funkstation Karlsborg gesandte An- ruf umgehend beantwortet und der Betrieb sofort aufgenommen; zwischen beiden Stationen wurden z. B. in einer Nacht rund 1000 Telegramme verarbeitet. In gleicher Weise ist während der Störungs- zeit auch der deutsch-norwegische Tele- graphenverkehr auf dem Funkwege zwischen Berlin und Kristiania abgewickelt worden. Ebenso haben die innerdeutschen Reichs- funkverbindungen wesentlich dazu beigetra- gen, Ersatzwege für die gestörten Verbin- dungen zu bieten, so besonders im Verkehr mit Ostpreußen, das wegen seiner abge- trennten Lage bei Störungen der Draht- verbindungen in stärkerem Maße betroffen wird. Mit Königsberg wurden in der Störungszeit je nach Lage des Verkehrs 2 Funksysteme Tag und Nacht betrieben. Schließlich wurde auch die seit einiger Zeit bestehende Einrichtung des „Rundfunk- dienstes“, wobei von Berlin ausgesandte Nachrichten gleichzeitig bei etwa 70 Tele- graphenstationen im Reich aufgenommen wurden, in den Dienst der Störungsbeseiti- gung gestellt; wichtige und eilige Meldun- gen wurden mittels dieses Rundfunks un- veräußert verbreitet.

Letzte Nachrichten.

Briand zurückgetreten.

Poincaré von Millerand mit der Kabinetts- bildung beauftragt. — Die Konferenz in Cannes aufgehoben.

Paris, 12. Jan. Das Kabinett Briand hat demissioniert. Wie es die Art Briands immer im Laufe seiner Laufbahn als Ministerpräsident war, hat er keine Abstimmung in der Kammer abgewartet, sondern hat nach Schluß der Er- klärungen, die er heute nachmittag in der Kammer abgab, begleitet von allen seinen Ministerkollegen, den Saal verlassen.

In seiner Rede in der Kammer führte Briand aus, daß er die Unruhe zerstreuen wolle, die im Lande wegen der Konferenz von Cannes herrsche. Diese Unruhe sei durch tendenziöse und durch lügenhafte Berichte entzündet worden. Er erinnere nur an die Tagesordnung für diese Konferenz, die sich vor allen Dingen damit beschäftigte, den Weltfrieden auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Weltfrieden könne nur durch die internationale Solidarität gerettet werden; das Reparations- problem werde auf keinen Fall von der Konferenz in Genua behandelt werden, auch auf den Friedensvertrag von Versailles werde dort keiner- lei Angriff erfolgen. Frankreich werde alle Garantien behalten, die ihm zukommen.

Zum Schluß erklärte Briand, daß er nicht die notwendige Autorität besitze, um die Ver- handlungen in Cannes weiterzuführen, und daß er sich aus diesem Grunde zurückziehe. Befolgt von allen seinen Ministerkollegen, verließ Briand darauf inmitten einer stürmischen Unruhe den Sitzungssaal. Auf der Tinten ertönte dabei ein stürmisches Beifallsgeheul, die Sozialisten riefen nach Auflösung der Kammer, und die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Paris, 12. Jan. Aus der Kammer begaben sich die französischen Minister unter Führung von Briand sofort ins Elysée, um Millerand die Demission zu übermitteln. Dieser berief Raoul Peret und Leon Bourgeois zu sich und Peret bezeichnete Poincaré als den Geeignetesten, um das neue Kabinett zu bilden. Poincaré wurde denn auch für heute abend 8 1/2 Uhr zu Millerand berufen. Man erklärt, daß er seine Ministerliste bereits fertig mit sich bringen wird. Er selbst wird wahrscheinlich das Ministerium des Aus- wärtigen oder die Finanzen übernehmen, Barthou soll Kriegsminister verbleiben.

Paris, 12. Jan. Die Konferenz von Cannes ist zu Ende. Loucheur erfuhr um 5 Uhr nach- mittags im Laufe einer Sitzung des Obersten Rates, daß das Ministerium, dem er angehört, demissioniert habe. Er kehrte sofort in sein Hotel zurück und verständigte die Führer der alliierten Delegation, daß er heute abend noch aus Cannes abreisen werde. Lloyd George gab sich alle Mühe, ihn zu bewegen, doch wenigstens so lange zu bleiben, bis die deutsche Delegation ihren Bericht vollständig bargelegt hätte, doch Loucheur beharrte auf seinem Entschlusse und kehrte noch heute abend 7 Uhr Cannes den Rücken.

# Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Marlitt.

81) (Nachdruck verboten.)

„Ich danke Ihnen“, sagte sie mit leiser, trüger Stimme zu dem Portugiesen. „Ich will versuchen, allein zu gehen.“

Er trat sofort zurück und sie ging schweigend einige Schritte. Frau von Herbed wollte ihr die Hand reichen, allein sie wies sie zurück. Stolz, Empörung, aber auch das besorgende Gefühl, daß er unversehrt an ihrer Seite schreite, halfen ihr rascher über die augenblickliche Schwäche hinweg.

Der Fürst war einen triumphierenden Blick auf den Arzt, als ihre Bewegungen mit jedem Schritt sicherer und elastischer wurden, und nachdem sie glücklich den Schlossgarten erreicht hatten, nahm er froh aufatmend seinen früheren Platz wieder ein und zog die junge Dame neben sich nieder.

„Da sehen Sie den Verlauf des Anfalles, mein Herr Medizinalrat!“ sagte er, augenscheinlich sehr heiter gestimmt. „Die braunen Augen unserer Gräfin haben alle Zeichen wieder, und morgen werde ich Ihre letzten Besorgnisse aus dem Felde schlagen. . . Aber nun sagen Sie mir um Himmels willen, mein bester Herr von Olbeira, wie war es möglich, daß man um eine solche wahrnehmbare Naehrlicht über Sie bringen konnte?“

Der Portugiese war der einzige, der sie nicht geseht hatte, er lehnte unfern an einem Baum. . . Mühte denn dieser merkwürdige Fremde stets auszuweichen, als protestierte er

gegen jegliche Gemeinschaft mit denen dort? Wahrscheinlich hielt der Lieberbringer diesen Abschluß des Dramas für sehr pikant“, entgegnete er mit einem lässigen Zug der Bewußtsein, der, weit entfernt ein Lächeln zu sein, doch das düster verschlossene Gesicht erhellte. „Er hat gar nicht abgewartet, ob sich der Vorhang von Rauch und Qualm noch einmal heben werde, und so wurde ich zum sterbenden Soldaten des Stüdes.“

Es wurde gelacht, und nun begann eine allgemeine lebhaft Unterhaltung. Der alte Braun kam und reichte Eis herum.

Währenddessen hatte der Portugiese den Baum verlassen und war in die Nähe des Lores getreten; er wies die Erfrischung zurück, die ihm der Lakai bot. War er so tief versunken in dem Besorgen der kämpfenden Volkengebilde am Himmel, daß er zusammenstürzte, als eine weiche, bittende Stimme an sein Ohr schlug?

Gisela stand neben ihm. Sie hatte dem alten Braun den Präsentierteller abgenommen und bot ihm dem Portugiesen nochmals hin.

„Mein Herr“, sagte sie schüchtern, „wollen Sie nicht mit mir unter die Linde zurückkehren?“

„Sehen Sie mich an, ob ich es wagen kann, dem gefreiten Kreis dort nahe zu kommen!“ entgegnete er ironisch, indem er auf seinen Rock deutete — er war noch mit einer dicken Staub- und Aschenschicht bedeckt. „Ich werde im Gegenteil diesen unbewachten Augenblick benutzen, um mich zurückzuziehen.“

„Sie hob die Augen bittend zu ihm empor.“

„Nun, dann verschmähen Sie wenigstens diese kleine Erfrischung nicht! Ich bin so stolz, Ihnen auf meinem Grund und Boden etwas bieten zu dürfen!“

Wie klang das demütig und unterwürftig von den Lippen, die so leicht jenen wegwerfenden Zug annehmen konnten, der auch das Gesicht der hochmütigen Gräfin Böldern auszeichnete hatte!

Ein leichtes Erbfechten überflog die Wangen des Portugiesen; aber er lächelte.

„Haben Sie vergessen, daß ich Ihnen mit den Waffen in der Hand gegenüberstehe? . . . Ich verwerle das Recht der Feindseligkeit in dem Augenblick, da ich die Gastfreundschaft annehme.“

Er sagte das scherzend, und doch lag in Ton und Lächeln eine schmerzliche Bitterkeit.

„Herr von Olbeira hat ganz recht, wenn er kein Eis annimmt“, sagte der Minister hinzutretend, „er kam sehr erhitzt vom Brandplatz. . . Du aber solltest keine Pflichten als Dame des Hauses nicht so übertrieben auffassen, mein Kind!“ — Er nahm ihr mit einem finsternen Blick den Präsentierteller aus den Händen und übergab ihn dem herbeiziehenden Lakaien. — „Uebrigens, wie ich bereits im Dorfe hörte, gefällt dir dir ja heute in der Rolle der heiligen Landgräfin Elisabeth. . . Schloß Greinsfeld ist avanciert zur Herberge der Obdachlosen und Bettler!“

„D. lassen Sie doch der Quazend ihre

Ideale!“ rief der Fürst herüber, indem er sich erhob. „Mein lieber Baron Fleury, wie wissen ja am besten, daß man sie selten mit in das höhere Alter hinübernimmt! . . . Sorgen Sie getrost für Ihre Schützlinge, meine liebe kleine Gräfin! Auch ich werde nicht ermangeln, mein Scherflein beizutragen. . . Und nun, ehe ich gehe, eine herzliche Bitte! Ich kehre übermorgen nach M. zurück, werde mir aber morgen erst noch die Freude machen, ein kleines Fest im Walde zu veranstalten, wollen Sie als mein Gast kommen?“

„Ja, Durchlaucht, von Herzen gern!“ entgegnete sie ohne Bögen.

„Das ist's aber nicht allein, was ich wünsche“, fuhr der Fürst lächelnd fort. „Ich sehe ein, daß ich Ihnen allzu ängstlichen und zärtlichen Papa zu Hilfe kommen muß, er läßt Sie möglicherweise noch jahrelang in der Einsamkeit schmachten, aus unbegründeter Angst vor der Wiederkehr Ihres Lebens. Ich sehe deshalb Ihre Vorstellung bei Hofe für die nächste Woche fest und freue mich kindisch auf das Erstaunen der Fürstin, wenn sie plötzlich die wiedererstandene Gräfin Böldern vor sich sieht.“

Der Minister verhielt sich vollkommen ruhig und schweigend bei dieser Eröffnung. Die Lider lagen tief über den Augen und kein Muskel des Gesichts bewegte sich.

Die Wagen hielten bereits am Tor. Man hatte auch das Pferd des Portugiesen abbracht.

(Fortsetzung folgt.)

## Bekanntmachung

betr. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Viehhändlerlaubnissearten für 1921 bis zum 28. Februar 1922.

Der Herr Preussische Staatskommissar für Volksernährung hat durch Erlaß vom 9. ds. Mts. VI. d. 3870 angeordnet, daß die Gültigkeit der auf Grund des Abschnitts I der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19. September 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 1675) für das Kalenderjahr 1921 erteilten Erlaubnisarten zur Ausübung des Viehhandels usw. (Handelshändlerarten für Händler und Kommissionäre, Viehankaufskarten für Metzger, Nebensarten) bis zum 28. Februar 1922 einschließlich ausgedehnt wird. Eine Verlängerung der für die Erlaubnisarten für das Kalenderjahr 1922 zu entrichtenden Gebühren, deren Festsetzung vorbehalten bleibt, tritt hierdurch nicht ein. Die rechtzeitig beantragten Handelslaubnissearten für das neue Kalenderjahr 1922 werden den Antragstellern bis zum 28. Februar l. Js. zugehen.

Antragsteller, welche für das Kalenderjahr 1922 neu zugelassen werden, können bereits vor dem 23. Februar 1922 die neuen Karten für das Kalenderjahr 1922 erhalten. Für die letztgenannten Karten werden zunächst Gebühren nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften, vorbehaltlich der Abänderung nach endgültiger Festsetzung der Gebühren, für das Kalenderjahr 1922 erhoben. Die Grundfarbe der neuen Erlaubnisarten für 1922 ist gelb, der Nebenerlaubnisarten rosa mit entsprechendem Provinzial- (Bezirks-) Abzeichen.

Wiesbaden, den 15. Dezember 1921.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 5. Januar 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

## Bekanntmachung.

### Versteuerung der Pacht- und Miet-Verträge.

A. Im Monat Januar 1922 sind zu versteuern: sämtliche nach Tarifstelle 48/I des Steuerstempelgesetzes vom 31. Juli 1895, 26. Juni 1909 stempelpflichtigen Pacht- und Mietverträge auch die nur mündlich abgeschlossenen, sowie Pacht- und Mietverträge insbesondere auch über die Vermietung von möblierten oder unmöblierten Zimmern, auch von Zimmern in Sanatorien, Genesungsheimen, Privatirrenanstalten, Fremdenpensionaten u. dgl., welche im Kalenderjahr 1921 in Geltung gewesen sind.

B. Die Versteuerung hat zu erfolgen: durch die dem Pächter der Vermieter obliegende Einreichung eines Pacht- oder Mietverzeichnisses und Einzahlung der Steuer bei dem unterzeichneten Amte oder den Stempelverteilern, welche auch die Vorbrücke zu den Verzeichnissen unentgeltlich verabfolgen.

C. Nicht oder nicht rechtzeitig bewirkte Versteuerung zieht hohe Bestrafung nach sich.

Wegen des voraussichtlichen Anbranges bei den Steuerstellen wird alsbaldige Versteuerung empfohlen.

St. Goarshausen, den 30. Dezember 1921.

Das Finanzamt.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 9. Januar 1922.

Der Magistrat: J. B. Dr. Cathrein.

H.-Reg. A. Nr. 28.

## Oeffentliche Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A. ist heute unter Nr. 28 die Firma Heinrich Tigges, Nastätten und als deren Inhaber der Kaufmann Heinrich Tigges in Nastätten eingetragen worden.

Nastätten, den 19. Dezember 1921.

Das Amtsgericht.

H.-Reg. A. Nr. 27.

## Oeffentliche Bekanntmachung.

In unserem Handelsregister Abteilung A. Nr. 27 wurde bei der Firma Josef Debus in Nastätten nachgetragen, daß der Inhaber der Kaufmann Josef Debus junior in Nastätten ist.

Nastätten, den 31. Dezember 1921.

Das Amtsgericht.

## Brennholzverkauf der Oberförsterei Erlenhof

Montag, den 23. Januar ds. Js., von nachmittags 2 Uhr ab, in der Gastwirtschaft Reichert zu Jörn aus der Forsterei Dicksch, aus den Forstorten 101 Herbsweide und Eschenwald, 105 Schnepfenhell: Eichen: rund 130 Raummeter Scheit und Knüppel, 60 Raummeter Reifertknüppel; Buchen: rund 460 Raummeter Scheit und Knüppel; Birken und Erlen: 6 Raummeter Scheit und Knüppel.

Sauberes christliches

## Mädchen

in Geschäftshaus gesucht. Gute Behandlung — reichliches Essen — hoher Lohn und Fahrtvergütung.

Frau Josef Born, Flörsheim a. M.

## Ta. Kleesamen

hat abzugeben August Fischer Rheinstr. 33.

Gebrauchtes

## Herrn-Fahrrad

mit Zubehör zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

## 1 Tellereifen

mit Anker und Kette (zum Staub- und Schmutzfang) zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Zwei gute

## Einlege-Schweine

zu verkaufen bei

Georg Wehnert Holzhausen (Saide).

Zwei Doppelspanner.

## Chaisen-Geschirre

(fast neu) billig abzugeben.

Karl & Theodor Wagner Nastätten.

## Junger Hund

zugelassen. Abzuholen bei Werner, Bahnhofstraße 11.

## la. Batterien

für Taschenlampen etc. in bester frischer Ware empfiehlt

Müller'sche Buchhandlung Nastätten: Bahnhofstraße.

Stiel-, Staub- und Frisierkämmen Kern- und Toilette-Seife Zahn-, Hand- und Kopf-Bürsten Brillantine und Haar-Oele Haut- und Zahn-Creme Parfüm und sonst. Toiletteartikel Hauben- und Stirn-Netze (einfach und doppelt) empfiehlt

Damen- und Herrenfriseurgeschäft Bernhardt Adolfsplatz 1 —: Adolfsplatz 1

## Täglich:

frische Torten, Kuchen, Bröckchen, Einbad und sonstiges Gebäck, stets frische Dese und Zitronen empfiehlt

Ronditorei Sager Nastätten (Nähe Bahnhof).

# PROGRAMM

des Männergesangsvereins „Concordia“-Nastätten zu dem am

Sonntag, den 15. Januar 1922

in der Turnhalle stattfindenden

# THEATERABEND mit BALL

1. Männerchor: „Die Ernte“ von K. Grim.

2. Theaterstück:

„Mathias Klostermeyer gen. der Bayrische Hiesel“ (Volkstück in 5 Aufzügen)

3. Männerchor: „Erntelied 1914“ von Ferrau.

„Dideldum“ von H. Bastyr.

## Hierauf: BALL.

Preise der Plätze: 1. Platz 6.— Mark, 2. Platz 4.— Mark. Karten im Vorverkauf im Zigarrengeschäft Enders - Marnor. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang pünktl. 8 Uhr.

## Kinder-Vorstellung

Eintritt 1.— Mark.

Es ladet höflichst ein Der Vorstand.

## „Hotel Früh“, Niehlen.

Sonntag, den 15. Januar 1922, von nachm. 3 Uhr ab

## große Tanzmusik

wozu höflichst einladet

Der Besitzer.

Niehlemer Kapelle. :: Kein Weinzwang.

## Geschäfts-Eröffnung!

Habe in meinem Neubau, Brühlstrasse 2, ein

# Möbel-Geschäft

eröffnet und halte mich bei Bedarf bestens empfohlen.

Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang gestattet.

Um geneigten Zuspruch bittet

Wilh. Gill.

Nastätten, im Januar 1922.

## Reichstags-Abgeordneter Landwirt

# Frieschmann

spricht in Niehlen am Sonntag Nachmittag 3 Uhr in dem Rathausaale über die augenblickliche Lage im Reichstag, insbesondere des Bauernstandes.

Alle Interessenten aller Parteien sind hierzu eingeladen.

# Blütchen

Milch, Pusteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Hautausschläge verschwinden beim täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife von Bergmann & Co., Radchen. Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfümerien

# Curn-Verein

Nastätten.

Samstag, den 14. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr Monats-Versammlung im „Rhein-Hotel“.

Tages-Ordnung: Erledigung dringender Angelegenheiten. Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

## Die Generalversammlung

des Vieh-Versicherungsvereins findet Sonntag, den 15. Januar cr., nachmittags 3 Uhr, im „Hotel Centrum“ statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

## Leo = Hustenstiller

Pfefferminz (extra stark)

Homburger Brustkaramellen

Sillers Rumbonbons

schwarzer Tee

holländischer Kakao empfiehlt

Konditorei Ackermann, Nastätten — Telefon 78.

Stets blühende

# Blumen

in Töpfen, wie: Alpenveilchen, Primula, Geranien usw. usw. empfiehlt

Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.

## Melassefutter

150 Pfund incl. Sack Mark 210.—. Prompter Versand ab hier gegen Nachnahme.

E. Weiss & Co., Wiesbaden.

## Fahr-Räder und Eriagteile

stets zu haben bei

Erich Grewe, Caub a. Rh.

## Achtung!

Der hohen Unkosten halber lasse ich nur einmal Obstbäume kommen und nehme noch Bestellungen bis Montag, den 16. ds. Mts., entgegen.

Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.